

3798/2023

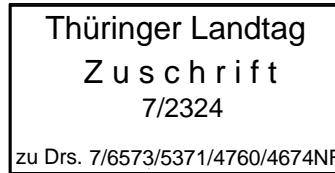


Den Mitgliedern des AfBJS

VORSITZENDE

GEW Thüringen || Heinrich-Mann-Str. 22 || 99096 Erfurt

Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport
Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt



Erfurt, 7. Februar 2023

Stellungnahme der GEW Thüringen

Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport,

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zu den vier vorliegenden Drucksachen

- Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens, Drs. 7/6573,
 - Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte, Drs. 7/5371,
 - Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen, Drs. 7/4760 und
 - Kinder in den Mittelpunkt stellen – für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht, Drs. 7/4674 – Neufassung –
- Stellung nehmen zu können.

Allgemeines

Längeres gemeinsames Lernen und damit eine Verbesserung der Inklusion im Thüringer Schulwesen sind Grundsätze, die die GEW Thüringen mitträgt. Diese beiden Vorhaben brauchen aber Voraussetzungen. Das heißt nicht nur, dass die Pädagoginnen und Pädagogen generell an der Umsetzung dieser Konzepte interessiert sein und für ihre Arbeit Lösungen für die Umsetzung finden müssen. Diese Konzepte werden nur ein Erfolg für die Schulgemeinde, wenn die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden. Das bedeutet: Deutlich mehr Geld für mehr Personal, für bessere Rahmenbedingungen der räumlichen und sächlichen Art und Zeit für Schulen, um Konzepte (weiter-) zu entwickeln, fortzuschreiben, ohne Druck, aber mit Rückkehrmöglichkeit Neues auszuprobieren, die Mitnahme und Stärkung der Eltern und vielfältige verschiedene Schulangebote nicht nur in (größeren) Städten, sondern auch auf dem Land. „Die Kinder in den Mittelpunkt stellen“ ist dabei ein guter Plan, dessen Umsetzung in Thüringen aber sehr deutlicher Verbesserung bedarf. Davon dürfen die guten Beispiele von Schulen, die es aufgrund der Arbeit engagierter Pädagoginnen und Pädagogen in Thüringen ebenfalls gibt, nicht ablenken. Hier hat die Politik auf Landes-, Landkreis-, Städte- und Gemeindeebene noch Einiges zu leisten, ehe Thüringen auf einem guten Weg ist.

In allen Gesetzesvorlagen gibt es handwerkliche Fehler, i. d. R. fehlen Folgeänderungen, die sich aus Vorschlägen für andere Paragraphen ergeben. Wir bitten hier darum, dass nach Abschluss der Beratungen und vor Beschluss des Landtages die umfassende Korrektheit der zur Beschlussfassung vorgelegten Gesetzesentwürfe noch einmal geprüft wird.

Außerdem fällt auf, dass grundsätzlich der Terminus „Eltern“ verwendet wird. Eigentlich handelt es sich aber um die Sorgeberechtigten, die in den meisten Fällen die Eltern sind. Im Sinne der Einbeziehung des ganzen damit gemeinten Personenkreises wäre es sinnvoll, wenn an einer Stelle darauf hingewiesen würde, dass der Terminus „Eltern“ über diesen Personenkreis hinausgeht.

Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens, Artikel 1: Änderung des Thüringer Schulgesetzes

Nr. 2: Praxisorientierung

Die Betonung von praxisorientiertem Lernen und beruflicher Orientierung begrüßt die GEW Thüringen ausdrücklich. Die Umsetzung dieser Aufgabe ist aber nicht voraussetzungslos. Damit praxisorientiertes Lernen und berufliche Orientierung ihre volle Wirkung entfalten können, ist es notwendig, diese Phasen – egal, ob es sich um einen wöchentlichen Praxistag oder ein-/mehrwöchige Praktika handelt – durch Lehrer:innen vorzubereiten, zu begleiten und nachzubereiten. Das kostet Zeit, was bedeutet, dass diese Lehrer:innen Anrechnungsstunden benötigen bzw. eine (anteilige) Unterstützung durch pädagogische Assistenzen erfolgt. Hier ist also Einiges an Bedingungen zu schaffen.

Im Bereich der Gymnasien ist diese Orientierung ebenfalls prinzipiell zu begrüßen, muss aber so gestaltet werden, dass dennoch der Wissenserwerb, der Basis für die erfolgreiche Bewältigung der Sekundarstufe 2 ist, nicht zu sehr zeitlich eingeschränkt wird.

Nr. 3: Längeres gemeinsames Lernen

Einen Zwang zum Zusammenschluss von Grund- und Regelschulen zu Gemeinschaftsschulen lehnt die GEW Thüringen ab. Wir erkennen zwar die Idee der Stärkung der Gemeinschaftsschule an, da auch die GEW Thüringen für längeres gemeinsames Lernen eintritt, aber aus unserer Sicht gehen die Realitäten an dieser Idee vorbei. Zum Einen stehen hier organisatorische Fragen wie: Was ist ein gemeinsamer Schulstandort? Welche Auswirkungen hätte das im ländlichen Raum? Welche Auswirkungen hätte das auf die Schüler:innen, welche auf den Pädagog:innen-Einsatz? Zum Anderen zeigen die Erfahrungen, dass Schulen, die den Weg einer Gemeinschaftsschule aufgrund einer Notwendigkeit (z. B. eventuelle Schließung des Schulstandortes) und nicht aus Überzeugung gehen, nur dieselben Schulen mit anderem Etikett bleiben. Das ist mit dem Konzept der Gemeinschaftsschule aber nicht gemeint.

In diesem Zusammenhang betont die GEW Thüringen wiederholt, dass für uns Gemeinschaftsschulen Schulen der Klassenstufen 1 bis 10/12 sind. Aus unserer Sicht wäre es wichtiger, die Möglichkeit abzusichern, Gemeinschaftsschulen nur mit den Klassenstufen 5 bis 10 zu führen.

Wenn es darum geht, Lösungen für kleine Schulen zu schaffen, gibt es im Gesetz die Möglichkeit der Schulkooperation. Daher fragt die GEW Thüringen: Wurde hier bereits evaluiert, wie diese angenommen werden und welche Möglichkeiten sie für die Schulnetzplanung bieten? Wie sind die Ergebnisse der Evaluation? Wenn diese noch nicht erfolgte, wann ist sie geplant? Aus unserer Sicht sollten die vorhandenen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, ehe andere Maßnahmen geplant werden.

Nr. 4: BLF

Die Abschaffung der BLF wird von der GEW Thüringen begrüßt.

Wenn nach § 7 Abs. 6 die Schüler:innen mit der Versetzung in die Klassenstufe 11 einen Realschulabschluss erwerben, ist es aber nur folgerichtig, wenn Abs. 3 analog dazu so geändert wird, dass mit der Versetzung in die Klassenstufe 10 die Schüler:innen einen Hauptschulabschluss erwerben, nicht nur einen dem Hauptschulabschluss gleichwertigen Abschluss. Eine ungleiche Behandlung von Abs. 3 und 6 macht keinen Sinn.

Nr. 6: Ganztagschule

Die Neufassung von § 10 Abs. 5 begrüßt die GEW Thüringen.

Im Zusammenhang mit der Thematik Ganztagschule erneuern wir unsere Forderung, dass Hort-erzieher:innen 100 % arbeiten dürfen, nicht nur 80 %. Außerdem benötigen die Ganztagschulen Möglichkeiten der Förderung für Schüler:innen mit (sonder-)pädagogischem Förderbedarf auch am Nachmittag, zumal bei Ganztagschulen Unterricht, Freiphasen, (Hort-)Betreuung usw. nicht mehr nach Vormittag und Nachmittag abgrenzbar ist. Ebenso muss die Problematik geklärt werden, dass der (teil-)gebundene Ganztag ein kostenfreies Angebot ist, während an offenen Ganztagschulen für Eltern Hortgebühren anfallen.

Nr. 7: Schulkonzept

Die Änderung von § 15 a Abs. 8 begrüßt die GEW Thüringen, auch wenn wir die Deckelung auf 30 vom Hundert als ersten Kompromiss ansehen. Um tatsächlich Wahlmöglichkeiten zu schaffen, müsste die Möglichkeit von staatlichen Schulen, nach speziellen/freien Schulkonzepten arbeiten zu können, steigen.

Im Zuge der Änderung von § 15 a Abs. 8 müsste auch die Richtlinie der Übernahme von Kosten der Schülerbeförderung überarbeitet werden, damit diese Schulauswahl nicht nur von finanzstarken Elternhäusern getroffen werden kann.

Nr. 9: Schulpflicht

Die Änderung von § 20 Abs. 2 begrüßt die GEW Thüringen ausdrücklich.

Nr. 12: Pädagogische Assistenzen

Grundsätzlich begrüßt die GEW Thüringen die Einführung von pädagogischer Assistenzen, auch wenn aus unserer Sicht noch viele Fragen offen sind.

Gerade startet ein Modellprojekt für pädagogische Assistenzen, in dem auf einige der Fragestellungen eine Antwort gefunden werden könnte, z. B. auf den Einsatzrahmen der pädagogischen Assistenzen bzw. die Freiheiten der Schulen beim Einsatz. Gleichzeitig soll der Gesetzentwurf diese Assistenzen

bereits festschreiben. Nötig wäre auch nach Abschluss des Modellprojektes eine Evaluation. Modellprojekt und Festschreibung passt für uns somit nicht zueinander.

Aus Sicht der GEW Thüringen ist klar: diese Assistenzen müssen pädagogisch unterstützen. Was heißt das aber? Wie müssen sie qualifiziert sein?

Die pädagogischen Assistenzen sollen 100 % beschäftigt sein. Das bedeutet auch 100 % in den Schulferien? Ist das überhaupt überall möglich? Die GEW Thüringen sieht nach wie vor die Gefahr, dass durch das attraktivere Angebot (gleiche Eingruppierung, aber höherer Beschäftigungsumfang) Horterzieher:innen abgeworben werden, von denen es bereits jetzt zu wenige gibt; daher auch hier noch einmal die Forderung der GEW Thüringen nach 100 % Beschäftigungsmöglichkeit für jede:n Horterzieher:in.

Wie sollen zukünftig die Aufgaben von pädagogischen Assistenzen zu anderen Bereichen der Unterstützungsleistung für Schulen, wie z. B. durch ESF-Mittel (Stichwort „Bildungsdefizite“) oder DaZ/DaF-Lehrkräfte abgegrenzt werden?

Die GEW Thüringen fordert, dass nach einer Evaluierung des Modellprojektes der Einsatz auf alle Schularten erweitert wird.

Nr. 13: Verwaltungsassistenzen

Der Einsatz von Verwaltungsassistenzen ist eine langjährige Forderung der GEW Thüringen, insofern begrüßen wir die Einführung grundsätzlich. Wir fordern aber, dass Verwaltungsassistenzen nicht nur zur dauerhaften Unterstützung von Schulleitungen und Lehrer:innen, sondern auch von Horterzieher:innen und Sonderpädagogischen Fachkräften eingesetzt werden. Auch diese haben in nicht unerheblichem Maße Verwaltungsaufgaben zu bewältigen.

Bei den Verwaltungsassistenzen sind ebenso wie bei den pädagogischen Assistenzen noch viele Fragen offen.

Ebenso wie bei den pädagogischen Assistenzen passen für uns Modellprojekt und sofortige Überführung ins Gesetz nicht zusammen. Warum dann ein Modellprojekt? Auf jeden Fall fordern wir auch hier eine Evaluation.

Es muss dringend geklärt werden, wie die Zuordnung von Verwaltungsassistenzen zu den Schulen geregelt wird. Prinzipiell brauchen alle Schulen diese Unterstützung. Wir können uns vorstellen, dass eine Verwaltungsassistenz zwei Schulen in unmittelbarer Nachbarschaft unterstützt, aber die Idee einer Clusterbildung lehnen wir ab.

Wie werden die Aufgaben der Schulverwaltungsassistenz von denen einer Schulsekretärin abgegrenzt?

Nr. 14: Sozialarbeit

Die GEW Thüringen fordert, dass in allen Schulen Schulsozialarbeiter:innen eingesetzt werden. Bedarfsgerecht dabei ist es aus unserer Sicht, dass große Schulen oder Schulen mit besonders schwierigen Rahmenbedingungen mehrere Sozialarbeiter:innen erhält. Wir gehen davon aus, dass dafür im nächsten Landeshaushalt der entsprechende Haushaltstitel deutlich aufgestockt wird.

Auch, wenn wir die Idee verstehen können, dass Schulsozialarbeit von freien Trägern angeboten werden, sehen wir dieses Konzept kritisch. Das Erarbeiten von Vertrauen ist ein langer Prozess, der durch den Wegfall von Trägern oder durch die Entscheidung von Trägern, sich von Sozialarbeiter:innen zu trennen, ohne dass die Schule(n) ein Mitspracherecht hätten, erschwert wird. Auch im Hinblick auf die – eigentlich – notwendige Arbeit von multiprofessionellen Teams an allen Schulen ist es kontraproduktiv, wenn u. a. Sozialarbeiter:innen keine Landesbeschäftigten sind. Für die Unabhängigkeit ihres Agierens von Schulleitungen ließen sich auch in diesem Anstellungskonstrukt Lösungen finden. Ebenso wie bei der Rückkehr/dem Verbleib der Horte im Landesdienst würde ein Umdenken in Thüringen hier Sinn machen.

Nr. 18: Mindestzügigkeit

Aus Sicht der GEW Thüringen wäre es dringend nötig, dass Land, Landkreise, Städte und Gemeinden gemeinsam ehrlich erfassen, wie die Schulsituation in Thüringen ist. Wo gibt es wie viele Schüler? Wie sind die Prognosen? Welche unterschiedliche Situation gibt es in den (Groß-)Städten und im ländlichen Raum? Was heißt das für den Wunsch nach möglichst kurzen Wegen für die Schüler:innen? Welche Ressourcen – auch für die Schülerbeförderung – wollen und können bereitgestellt werden? Welches und wie viel pädagogisches Personal wird man realistisch in den nächsten Jahren zur Verfügung haben? Welche Mittel können und sollen für Personal, Schulumbau, -neubau, -erhalt, Digitalisierung der Schulen und sächliche Mittel bereitgestellt werden? Welche Kooperationen von Schulen machen Sinn? Wie werden sie unterstützt? usw. Denn während städtische Schulen häufig aus allen Nähten platzen und zu wenig Räume und Personal haben, stellt sich bei Schulen im ländlichen Raum häufig eher die Frage, wie weit Wege die Schüler:innen sein dürfen, wenn kleine Schulen geschlossen werden (sollen).

Aus Sicht der GEW Thüringen ändert die Neuformulierung des § 41 a Abs. 2 nichts an der derzeitigen Situation, weil die oben skizzenhaft aufgeworfenen Fragen nicht geklärt sind.

Die weiter oben gestellte Frage nach dem Erfolg von Schulk Kooperationen muss auch hier gestellt werden.

Nr. 11, Nr. 19, Nr. 21: Digitalisierung der Schulen

Grundsätzlich begrüßt die GEW Thüringen eine gesetzliche Regelung des Einsatzes der Digitalisierung an Schulen. Dennoch bleiben auch hier eine Reihe von Fragen offen.

Die Übertragung von Bild und Ton sowohl von Schüler:innen als auch durch die Lehrkräfte ist immer dann notwendig, wenn dies der pädagogischen Interaktion dient. Insofern ist die Einschränkung im neuen letzten Satz von § 30 Abs. 1 2. Halbsatz sinnvoll. Wir verweisen aber hier auch darauf, dass es andere Möglichkeiten der unterrichtlichen Interaktion gibt, die die Ton- und/oder Bildübertragung nicht notwendig macht und dennoch guter digitaler Unterricht ist. Das Ermessen muss also immer bei der Lehrkraft liegen. Beim Einsatz muss die Schule darauf achten, dass die Schüler:innen auch die technischen Möglichkeiten haben, ansonsten droht eine Ungleichbehandlung, i. d. R. zuungunsten von Schüler:innen mit finanziell nicht gut gestellten Elternhäusern. Die GEW Thüringen hat bereits im September 2022 auf ihrer Landesvertreterkonferenz bekräftigt, dass es nicht ausreicht, Schüler:innen digitale Endgeräte zur Verfügung zu stellen, damit diese am Distanzunterricht teilnehmen. Der Zugang zu ausreichend W-LAN-Kapazität muss ebenfalls gesichert sein.

In § 44 a muss es nach unserer Ansicht heißen, dass die Schüler:innen ab Klasse 5 digitale Endgeräte zur Verfügung bestellt bekommen. Es ist davon auszugehen, dass diese Endgeräte bis zu Klasse 10/12-13 ein- bis zweimal durch neuere Geräte ersetzt werden müssen. Nach heutigem Stand ist eine Veranschlagung von 350 Euro pro Schüler:innen zu niedrig angesetzt. Bei Beschluss dieses Passus müsste also der Landtag jährlich realistische Mittel zur Verfügung stellen.

§ 45 a Abs. 2 Nr. 3 lehnt die GEW Thüringen grundsätzlich ab. Aufgrund der heutigen angespannten Personalsituation dürfen wir davon ausgehen, dass damit dem „Digital-Lehrer“ Tür und Tor geöffnet würde. Dann geht es nicht mehr um Pädagogik, sondern um Lückenfüllung um jeden Preis auf dem Rücken der Beschäftigten.

Auch § 45 a Abs. 1 Nr. 2 sieht die GEW Thüringen in der Formulierung kritisch. Diese Formulierung ist viel zu weit gefasst und öffnet dem Missbrauch Tür und Tor.

Thüringer Gesetz zur Modernisierung des Schulwesens, Artikel 2: Änderung des Thüringer Lehrerbildungsgesetzes

Die GEW Thüringen unterstützt die Idee einer schulstufenbezogenen Lehrerausbildung, sieht aber noch viele Fragen offen.

Wir gehen davon aus, dass mit der geplanten Umsetzung auch geklärt ist, dass diese Ausbildung in den anderen Bundesländern anerkannt wird. Das muss sowohl für den Studienabschluss zum Übergang ins Referendariat als auch für die Einstellung als Lehrkraft gelten.

Eine Umstellung des Studiums auf eine schulstufenbezogene Lehrerausbildung muss ebenfalls eine Veränderung der 2. Phase nach sich ziehen. Selbst wenn es noch einige Jahre dauern würde/wird, bis Studierende nach diesem System im Referendariat ankommen, müssen die Änderungen dennoch gleich mitgedacht werden. Beginnen kann die Landesregierung hierbei schon damit, dass sie endlich das Referendariat für die Grundschule in der gleichen Länge wie für alle anderen Schularten gestaltet.

Es sei auch die Frage gestattet, wie bei der sich gerade vollziehenden Strukturänderung der Staatlichen Studienseminare die Umstellung auf eine schulstufenbezogene Lehramtsausbildung mitgedacht wurde?

Schlussendlich muss endlich die Lehramtsausbildung für berufliche Schulen dringend verbessert und umfangreicher werden, um den aktuellen Gegebenheiten und Trends im Berufsbereich deutlich gerechter zu werden. Hier sieht die GEW Thüringen dringend Handlungsbedarf.

Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes – Gute Bildung und Stärkung der Elternrechte

Inklusive Schulentwicklung in Thüringen weiter unterstützen

Kinder in den Mittelpunkt stellen – für starke Förderschulen und hochwertigen gemeinsamen Unterricht

Zu diesen drei Drucksachen äußert sich die GEW Thüringen im Zusammenhang, soweit wir nicht bereits unter „Allgemeines“ Ausführungen dazu gemacht haben.

Um faktenbasiert Aussagen über die Qualität von Inklusion an Schulen (Gemeinsamer Unterricht) sowie die Situation der Förderschulen treffen zu können, ist eine Evaluation unabdingbar. Diese Evaluation ist die Basis, um die Entwicklungen zu beschreiben, zu planen, auszufinanzieren und vorzunehmen, die notwendig sind, um den Bedarfen der Kinder mit (sonder-)pädagogischem Förderbedarf und Behinderungen ebenso gerecht zu werden wie den anderen Schüler:innen, die Möglichkeiten der Pädagog:innen in der Gegenwart realistisch einzuschätzen und zukünftig weiter/besser zu fördern. Was manchmal wie ein Schritt zurück aussehen kann, könnte tatsächlich aber ein Schritt nach vorn sein.

Während es heute größtenteils möglich ist, Schüler:innen mit körperlichen Beeinträchtigung gut zu integrieren, wird die Frage nach den Möglichkeiten von Schüler:innen mit emotionalen und sozialen Entwicklungsbedarfen nach wie vor meist unzureichend beantwortet.

Die GEW Thüringen verweist darauf, dass gelingende Inklusion kostet: Räume, Material, Schülerbeförderung ausgebildetes Personal der verschiedensten Professionen, Weiterbildung des Personals usw. Das alles bedarf es an allen Schulen grundsätzlich, bedarfsgerecht und dauerhaft.

Die GEW Thüringen unterstützt, dass Eltern ein Wahlrecht haben, ob ihr Kind inklusiv oder an einer Förderschule unterrichtet werden, aber auf die Fachkompetenz der Pädagog:innen sollte bei der Letztentscheidung nicht verzichtet werden. Eine sehr gute und unvoreingenommene Beratung der Eltern ist in jedem Fall notwendig. Sie muss dafür sorgen, dass Eltern zum Wohl ihres Kindes entscheiden können und Sachzwänge diese Entscheidungen so wenig wie möglich beeinflussen.

Für Fragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen